Landtag
Nordrhein-Westfalen
16. Wahlperiode

Ausschussprotokoll
APr 16/1540
25.11.2016

Ausschuss für Kommunalpolitik

139. Sitzung (öffentlich)

25. November 2016

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 12:10 Uhr

Vorsitz: Stefan Kämmerling (SPD)

Protokoll: Simona Roeßgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung **5**

1 Konsequenzen aus dem jährlichen Schwarzbuchbericht des Bundes der Steuerzahler: Kommunales Baumanagement in Nordrhein-Westfalen – Sachstand und Optimierungsmöglichkeiten **6**

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/4510

In Verbindung mit:

Gespräch mit dem Präsidenten der Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen, Herrn Werner Haßenkamp

Dem Bericht des Präsidenten der Gemeindeprüfungsanstalt NRW schließt sich eine kurze Diskussion an.

2 Entwurf eines Landesentwicklungsplans Nordrhein-Westfalen (LEP NRW) 12

Vorlage 16/4116
Vorlage 16/4130

Ausschussprotokoll 16/1510

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Der mitberatende Ausschuss für Kommunalpolitik votiert mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und Piraten dafür, den Entwurf eines Landesentwicklungsplans Nordrhein-Westfalen (LEP) anzunehmen.

3 Neuntes Gesetz zur Änderung der gesetzlichen Befristungen im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Inneres und Kommunales 24

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/13260

Bericht der Landesregierung

Vorlage 16/4509
Vorlage 16/4503 *(erbeten für den Innenausschuss)*

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Der Ausschuss nimmt den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/13260 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Enthaltung der Fraktionen von CDU und Piraten an.

4 Entwurf einer Verordnung über eine Kostenausgleichsregelung für durch das Tariftreue- und Vergabegesetz Nordrhein-Westfalen entstandene kommunale Belastungen (Kostenausgleichsverordnung Tariftreue- und Vergabegesetz Nordrhein-Westfalen – TVgG-KoV NRW) 26

Vorlage 16/4444

Der Ausschuss wird zur Verordnung angehört.

5 Gesetz zur Stärkung des Kreistags 28

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/12362

Die Auswertung der Anhörung soll erst nach Vorlage des entsprechenden Anhörungsprotokolls erfolgen.

6 Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen (Kommunales Wahlrecht für Nicht-EU-Ausländerinnen) 29

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/13314

Der mitberatende Ausschuss für Kommunalpolitik votiert mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Grünen und Piraten gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP dafür, den Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, Grünen und Piraten Drucksache 16/13314 anzunehmen.

7 Wie ernst nimmt die Landesregierung das Konnexitätsprinzip – Gilt „wer bestellt, der zahlt“ nicht bei der Hygieneampel? 35

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/4470

Zuschrift 16/995 (Städtetag NRW und Landkreistag NRW)

Der Ausschuss diskutiert und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

8 Sachstandsbericht zum Flüchtlingsaufnahmegesetz 2016/2017 37

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/4511 (Neudruck)

Der Ausschuss diskutiert und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

9 Verschiedenes 40

a) Bekanntgabe eines Anhörungstermins 40

b) Vorratsbeschluss für eine schriftliche Anhörung 40

c) Vorratsbeschluss für eine Anhörung 40

* * *

9 Verschiedenes

a) Bekanntgabe eines Anhörungstermins

Vorsitzender Stefan Kämmerling teilt mit, dass sich die Obleute der Fraktionen zwischenzeitlich darauf verständigt hätten, die Anhörung zum Antrag der Fraktion der CDU „Investitionsfähigkeit der Kommunen steigern“ Drucksache 16/13024 am 20. Januar 2017 vor einer Arbeitssitzung des AKo durchzuführen. – Es erhebt sich kein Widerspruch.

b) Vorratsbeschluss für eine schriftliche Anhörung

Vorsitzender Stefan Kämmerling kommt auf einen Hinweis des Kollegen Dahm in der Obleuterunde am 10. November 2016 zu sprechen, demzufolge der AKo zum Gesetzentwurf der Landesregierung „Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Kurorte im Land Nordrhein-Westfalen und zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften“ Drucksache 16/13536 für die von ihm bereits ins Auge gefasste schriftliche Anhörung der kommunalen Spitzenverbände einen Vorratsbeschluss fassen sollte, da der Gesetzentwurf erst noch plenar eingebracht werden müsse, die Anhörung aber bereits am 9. Dezember 2016 im AKo ausgewertet werden solle und im Dezember-Plenum die Zweite Lesung stattfinden solle. Über das Beratungsverfahren werde auch der zur Mitberatung aufgerufene Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales informiert und zur Abgabe eines Votums gebeten. – Es erhebt sich kein Widerspruch.

c) Vorratsbeschluss für eine Anhörung

Vorsitzender Stefan Kämmerling führt aus, im Rahmen der Haushaltsberatungen zum Einzelplan 05 werde das nächste Plenum den Gesetzentwurf der Landesregierung „Gesetz zur Stärkung der Schulinfrastruktur in Nordrhein-Westfalen (Gute Schule 2020)“ Drucksache 16/13496 zur Federführung an den AKo sowie zur Mitberatung an den Haushalts- und Finanzausschuss und den Ausschuss für Schule und Weiterbildung überweisen. Zur Durchführung einer Anhörung von Sachverständigen rege er auch hier die Fassung eines Vorratsbeschlusses an, so der Vorsitzende. Per Mail habe er bereits vorgeschlagen, sowohl die kommunalen Spitzenverbände als auch die NRW.BANK anzuhören. Im Anschluss an die vom HFA am Vortag geführte Diskussion hätten einige Abgeordnete den Wunsch geäußert, weitere Sachverständige zu benennen. Diese Frage sollte zunächst geklärt werden.

Ralf Nettelstroth (CDU) schlägt vor, die Genannten als gesetzt anzusehen und seitens der Fraktionen bis zu zwei Sachverständige benennen zu können.